

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Gotha förmlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.—Mark, für Selbst-abböler 1,90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.—Mark ohne Beleggeld. **Telephon** Sammelnummer 72208 — **Postcheckkonto Leipzig Nr. 534 77**

**Redaktion:** Leipzig, Tauschaer Str. 19/21  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telephon** 72208. — **Verlag in Leipzig,** Tauschaer Straße 19/21 — **Telephon** 72208

**Inseratenpreise:** Die 10gehalt. Kolonelle 35 Pf., bei Platzwörter 40 Pf. **Stellenangebote** 10gehalt. Kolonelle 25 Pf. **Familiennachrichten** von Privaten die 10gehalt. Kolonelle mit 50% Nachsch. **Reklameseite** 2 Mk. **Inserate v. ausw.:** die 10gehalt. Kolonelle 40 Pf. bei Platzwörter, 50 Pf., **Reklameseite** 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Zue Geld in deinen Beutel

### Eine Mark pro Kopf

Das Unternehmertum rüstet mit allen Kräften für den bevorstehenden großen Kampf. Erst dieser Tage wurde ein Schnorbrieff bekannt, in dem die sachlichen Industriellen zur Sammlung von Wahlpulver aufgerufen hatten. Jetzt bringt die Erfurter Tribüne ein Rundschreiben des Verbandes der Mitteldeutschen Industrie, das mit folgender Mahnung schließt:

„Deshalb muß sich die Industrie in verstärktem Maße an den großen finanziellen Opfern beteiligen, die der Wahlkampf erfordert, um diejenigen Mittel aufzubringen, die für organisatorische Arbeiten und Propaganda von der Industrie aufgebracht werden müssen, wenn sie sich auch nur die bisherige sachliche Vertretung in den Parlamenten und die notwendige, sachverständige Einflußnahme auf die Wirtschaftsgesetzgebung erhalten will. Es gilt das lebhaftigste Interesse der industriellen Belange, ohne Rücksicht auf Parteipolitik und Parteizugehörigkeit, die den Verband der Mitteldeutschen Industrie nichts angehen. Es gilt, in erster Linie im Reichstagswahlkreis 12 (Thüringen), der sich mit unserem Verbandgebiet ungefähr deckt, den bisherigen Kandidaten der Industrie, Herrn Reichstagsabgeordneten Dr. Pfeiffer (Gotha) im Interesse der Industrie nicht nur unseres engeren Bezirkes, wiederum zu einem Siege im kommenden Wahlkampf zu verhelfen.“

Der volksparteiliche Syndikus Dr. Pfeiffer hat sich im Reichstag nur einmal, dafür um so rühmlicher, hervorgetan. Bei dem Kampfe um die Abänderung der Arbeitszeitverordnung verlas er in der Sitzung vom 4. April 1927 den Brief eines Arbeiters, der auf Grund eines Rundschreibens der mitteldeutschen Industriellen eingegangen sei. Herr Dr. Pfeiffer erwiderte sich nicht, das nachstehende, in irgendeinem Unternehmerrubricum verfaßte Schreiben im Plenum des Reichstages vor der gesamten politischen Öffentlichkeit zu verlesen. Es lautete:

„In der kalten Schließstunde kann ich mich unmöglich aufhalten; in die Wirtschaft zu gehen, ist zu teuer und auch sonst nicht

gut. Also liegt man auf der Straße. Könnte ich zwei Stunden länger arbeiten, wäre mir viel wohler, hätte ich auch mehr Verdienst. Dieses bitte ich wohl zu beachten.“

So arbeiteten die bezahlten Unternehmernachrichte, um jedwede Vertilgung der Arbeitszeit zu hintertreiben. Um dieses Spiel fortzuführen und um die Interessen des Unternehmertums im kommenden Reichstag noch stärker in den Vordergrund zu rücken, darum die Betelbrieft an die Mitglieder der Unternehmerrubricen. Die Höhe des Betrages, heißt es in diesem Schreiben, sei „in keiner Weise begrenzt“.

„Das Präsidium des Verbandes der Mitteldeutschen Industrie ersucht aber, daß jede Mitgliedsfirma mindestens 1 Mark pro Arbeitnehmer an dieses Konto abführt.“

Für jede freiwillige, über diese Mindestsumme von 1 Mark pro Arbeitnehmer hinausgehende Zuweisung ist das Präsidium besonders dankbar.“

Eine Mark pro Kopf des Arbeiters wird als Mindestleistung für die mitteldeutschen Unternehmer angesehen. Ein Unternehmer mit 1000 Arbeitern zahlt 1000 Mk. Wieviel Millionen dabei zusammenkommen, ist un schwer zu errechnen. Dabei ist von allen Sonderbeiträgen abgesehen. Die Kassen der Unternehmerparteien sind zum Bersten angefüllt. Wollen die Arbeiter, apertlos beistehen? Soll die Sozialdemokratie, die Partei der proletarischen Klasse, den Kampf gegen die großkapitalistischen Parteien schlagfertig führen, dann gilt es, rechtzeitig vorzubauen.

„Eine jede Wahl bedeutet einen Kampf, und um diesen Kampf zu einem erfolgversprechenden Ende zu führen, wird nach unalter Erfahrung Geld und abermals Geld benötigt.“

So heißt es im Aufruf des Verbandes der Mitteldeutschen Industrie.

Geld und abermals Geld ist erforderlich, um den Wahlkampf erfolgreich durchzuführen.

## Vor der Entscheidung in Frankreich

Vier Wochen früher als in Deutschland entscheidet die französische Wählerschaft über die Zusammensetzung ihres Parlaments. Ueber 3000 Kandidaten bewerben sich um die 612 Mandate der Kammer. In den Ausgang der Wahl knüpfen sich die gleichen Erwartungen wie in Deutschland. Von einem „Lints“ sieg erhoffen auch in Frankreich gewisse Kreise eine entscheidende Wendung in den Beziehungen der Völker. Dabei ist erst nach den letzten französischen Wahlen eine gleiche Illusion schmachlich zerstört worden. Die französischen Wahlen im Jahre 1924 brachten einen großen Sieg des sogenannten Linkstartells. So wenigstens wurde der Ausgang der Wahlen gefeiert. Unter der Ministerpräsidentenschaft Eduard Herriots, des radikalsozialistischen Parteiführers und Bürgermeisters der Industriestadt Lyon begann die „Lints“mehrheit zu regieren. Die Sozialisten sagten der Regierung ihre Unterstützung zu, lehnten es aber ab, aktiv an ihr teilzunehmen. So verfügte die Linkregierung über eine feste Mehrheit. In dem Programm, mit dem sie ihre Tätigkeit begann, versprach sie manches, das der Unterstützung der Arbeiter wert schien. Es konnte scheinen, als sollte wirklich an Stelle einer ausgesprochenen nationalistischen und reaktionären Politik, für die die Kammerwahlen im Jahre 1919 eine starke Mehrheit geschaffen hatten, eine soziale und den Frieden zwischen den Völkern fördernde Politik treten.

Aber das ging nur kurze Zeit. Als die Radikalsozialisten an die Durchführung des von ihnen aufgestellten Programms gehen sollten, zeigten sich die ersten Schwierigkeiten. Stärker als die Macht irgendeiner aus Zahlen aufgebauten parlamentarischen Konstellation erwiesen sich die außenparlamentarischen Kräfte, in diesem Falle die Großbanken und die Schwerindustrie. Nicht ohne ihre Mitwirkung verschlechterten sich die Währungsverhältnisse Frankreichs immer mehr, so daß die Stabilisierung des Franken zu einem dringenden Tagesproblem wurde. An diesen für die kapitalistischen und proletarischen Schichten gleich wichtigen Fragen ging das Linkstartell schließlich auch äußerlich zugrunde. Die Sozialisten bemühten sich, die Regierung und die Radikalsozialistische Partei für einen Stabilisierungsplan zu gewinnen, der die Gesundung der Währung herbeiführen sollte unter stärkster Heranziehung der kapitalkräftigen Kreise. Die drohende Vermögensabgabe oder auch nur eine empfindliche Vermögenssteuer erlitten den Patrioten Frankreichs als eine so starke Gefährdung ihrer heiligsten Güter, daß sie mit einer großzügigen Sabotage die Bemühungen ihrer Regierung beantworteten. Eine Regierungskrise jagte die andere. Finanzminister kamen und gingen, währenddessen der Franken immer weiter nach unten glitt. Unsere französischen Genossen haben später nachweisen können, in welchem riesigen Umfange sich damals französisches Kapital ins Ausland geflüchtet und dadurch den Frankenschurz außerordentlich beschleunigt hat. Freilich taten die französischen Patrioten nur das gleiche, was einige Jahre vorher die deutschen Kapitalisten getan hatten. Sie brauchten es nur nicht bis zu der Katastrophe zu treiben, in die die Schwerindustriellen und Bankkapitalisten die deutsche Republik hineinjagten. Ihnen gelang es, die in ihrem Lande außerordentlich starke Rentnerschicht derart in Angst zu jagen, daß auch die Radikalsozialisten kapitulierten und sich der Diktatur der Großbanken und des Schwerkapitals unterwarfen.

Der neue Mann hieß Poincaré. Derselbe Poincaré, der nach den Wahlen 1924 abdankten mußte, weil sie ihm eine entscheidende Niederlage beibrachten, erhielt jetzt das Vertrauen einer großen Kammermehrheit. An Stelle des nationalen Bloks von 1919 trat ein noch größerer nationaler Blok, der die Radikalsozialisten und die Lints von ihnen stehenden Republikanischen Sozialisten einschloß. Poincaré begann das Sanierungswerk. Selbstverständlich, daß er es den Wünschen der kapitalistischen Klasse entsprechend vorwärts zu bringen verfuhrte. Er war ja ihr Vertrauter. Mit Hilfe ihrer Presse bemühte sie sich, ihn als den Mann hinzustellen, der das Land aus dem gefährlichen Zustand herausführen und das Wunderwerk der Stabilisierung, das der Linkregierung nicht geglückt war, vollbringen werde. Sie stellten ihre Sabotage ein, nachdem sie sicher waren, daß sie bei der Stabilisierung keine Lasten zu übernehmen haben würden. Nach und nach kehrten die ins Ausland geflüchteten Milliarden zurück, und im Zusammenhang mit drakonischen Steuermahnahmen, die die arbeitende Klasse schwer belasteten, erreichte Poincaré eine Verbesserung der finanziellen Lage und der Währung seines Landes. Aber auch nach der Stabilisierung des Franken, und nachdem die Voraussetzungen für die engültige Stabilisierung gegeben waren, lehnte Poincaré die gesetzliche Stabilisierung ab.

Die Wahlbewegung läßt nur zu deutlich erkennen, warum er dies tat. Die Stabilisierung ist jetzt keine Wahlparole. Er steht vor den Wählern und sagt ihnen: Seht, nur ich kann die Stabilisierung vollenden. Kommt eine andere Mehrheit, als eine, die mir folgt, zustande, dann ist alles in Gefahr, und Frankreich steht wieder am Rand der Katastrophe wie vor wenigen Jahren. Die rechten Parteien haben sich bis auf die monarchistische Action française unter seine Fittiche versteckt

## Sorgt für gesteigerten Umsatz der Wahlfondsmarken!

## Die Bremen in Amerika

### Das Hazardspiel geglückt

14. April, 14. April.

Nachdem bereits gegen 3 Uhr mitteleuropäischer Zeit von verschiedenen Seiten in Neuport Funkmeldungen eingetroffen waren, nach denen die „Bremen“ südlich Labrador, zwischen Kanada und Neufundland gesichtet worden ist, gab kurz nach 3 1/2 Uhr mitteleuropäischer Zeit die Radio-Marine-Korporation die Bestätigung, daß die deutschen Ozeanflieger auf der Greenly-Insel in der Saint Lawrence Bay notgelandet sind. Das Flugzeug wurde bei der Landung leicht beschädigt, die drei Flieger sind jedoch wohl auf.

Greenly-Insel ist eine kleine Insel am Südausgang der Meerenge von Belle-Insel zwischen Kanada und Neufundland. Sie liegt unter 51 Grad nördlicher Breite und 57 Grad westlicher Länge.

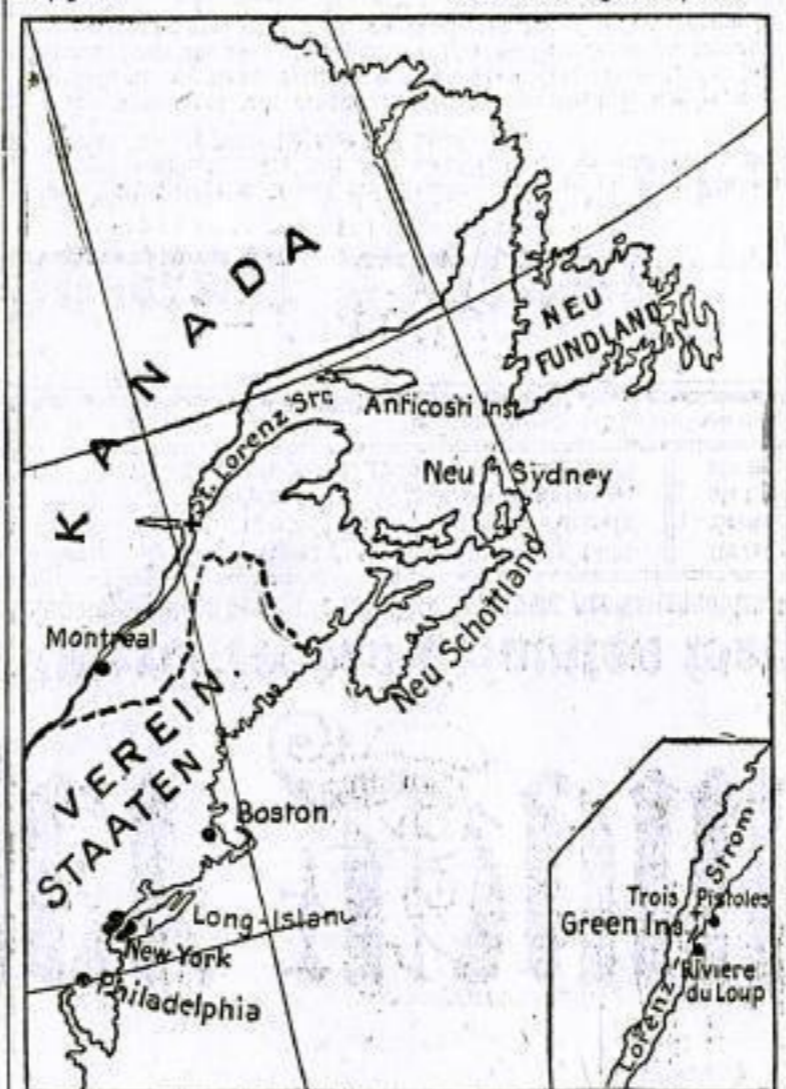
14. April, 14. April.

In einem 37 stündigen Fluge bei Sturm und Nebel ist es den deutschen Ozeanfliegern gelungen, den Atlantischen Ozean zum ersten Male von Osten nach Westen im Flugzeug zu überqueren. Am 12. April, 5,38 Uhr, waren sie in Baldonell gestartet, am 13. April, spät nachmittags (mitteleuropäische Zeit), gingen sie auf der kleinen neufundländischen Insel Greenly-Insel nieder. Da diese Insel ein Felsen-Eiland ist, war wohl eine Beschädigung des Flugzeuges bei der Landung unvermeidbar gewesen. Die 3 Flieger aber, Hauptmann Köhl, Baron von Hünefeld und ihr irischer Kamerad, der Kommandant der irischen Luftstreitkräfte Fitzmaurice, konnten wohl auf ihrem so erfolgreichen Zuntersflugezeug entsteigen.

Die Flieger hatten nicht die gewöhnliche Dampferroute nach Amerika geflogen, aus Wettergründen hatten sie eine nördlichere Route vorgezogen. Deshalb konnten sie auch von keinem der gerade auf der Ueberfahrt befindlichen 26 Ozeandampfer auf hoher See gesichtet werden. Kurze Zeit nach ihrem Abflug von Island hatte sich das Wetter in der Mitte des Ozeans sehr verschlechtert. Durch Sturm und Nebel mußten die Flieger nach Nordwesten, 400 Kilometer von ihrer Route entfernt, abgetrieben worden sein.

Wie um 8,30 Uhr morgens mitgeteilt wird, hat der Direktor Schröder vom Norddeutschen Lloyd folgendes Telegramm erhalten:

„Machten sichere Zwischenlandung auf Greenly Island Strait of Belle Isle. Notwendig geworden durch Brennstoffmangel, der infolge strenger Gegenwinde verursacht, die während des Fluges einsetzten.“



Die Landungsstelle der Bremen auf der Insel Greenly-Insel im St. Lorenz-Golf ist auf der Karte durch ein Kreuz wiedergegeben. Die nähere Lage der Insel veranschaulicht die kleine Kartenskizze.